



SO SEHEN UNSERE KOLLEGEN DAS

Warten wir, bis es einen von uns trifft?

Am 7. Januar 2015 stürmen zwei maskierte Männer in die Redaktion des Satire-Magazins Charlie Hebdo. In einer Orgie der Gewalt töten sie elf Menschen, flüchten aus dem Gebäude und erschießen auf ihrem Weg einen Polizisten, der sich ihnen in den Weg stellt, aber nicht den Hauch einer Chance gegen diese stark bewaffneten Krieger hat. Zweieinhalb Jahre später blicken wir auf diesen schrecklichen Tag zurück, haben weitere dschihadistische Anschläge in Paris, in Nizza, in Brüssel, in Stockholm, in London und im Dezember auch in unserer eigenen Stadt erlebt. Nach jedem Anschlag wurde über die Sicherheit in der Hauptstadt gesprochen, nach jedem Anschlag über eine bessere Schutzausstattung der Berliner Polizei. Angekommen ist von den vielen Versprechungen bisher rein gar nichts. Wie lange sollen wir noch warten? Warten wir, bis es einen von uns trifft?

Die Macht der Worte wird uns nicht helfen

Ja, wir sind eine bürgerfreundliche Polizei, und ich bin stolz darauf, nicht wie Robocop oder eine vergleichbare Kampfmaschine durch die Straßen zu gehen, sondern für die Bürger da zu sein, mit ihnen in Kontakt zu treten. Selbst wenn es wesentlich seltener geschieht als früher und selbst wenn es mehr und mehr Bürger gibt, die mich nicht als Freund und Helfer ansehen. Ich glaube an das Gute im Menschen und auch wenn ich oft mit Personen zu tun habe, die dieses Menschenbild infrage stellen, bin ich nach wie vor froh, in einer Stadt wie Berlin für diese Bürgerinnen und Bürger den Kopf hinzuhalten. Dazu bin ich bereit, aber ich möchte bitte endlich auch einen Schutz bekommen, dank dem ich guten Gewissens in eine Alarmbereitschaft gehen kann und nicht in die ängstlichen Augen meiner Tochter sehen muss. Klar, es ist keine alltägliche Situation, aber was soll ich machen, wenn ein Terrorist meinen Weg kreuzt, mit was soll ich ihm gegenüber treten? Die Landesvorsitzende der GdP hat es recht treffend formuliert. Ich habe samt Wechselmagazin 16 Schuss für meine P6, kann dann nur noch Funkgerät, Tonfa und Pfefferspray schmeißen – gegen Tötungsmaschinen, wie der IS sie zuhauf heranzüchtet und selbst gegen fundamentalistische Einzeltäter, die sich für ein paar Hundert Euro im Darknet eine Kalaschnikow besorgen und wild durch die Gegend

feuern. Wir sind an einem Punkt, wo ich als bürgerfreundlicher Polizist mit Worten nicht mehr weiterkomme.

Wo bleibt die versprochene Ausstattung?

Anfang des Jahres haben Innenzeipräsident deutlich gesagt, wo sie jetzt nachjustieren wollen. Es musste eine Bestie mit einem Lkw in den Breitscheidplatz fahren und zwölf Menschen töten, damit wir endlich aufwachen, endlich etwas passiert. Rot-Rot-Grün hat Gelder vorgezogen, um benötigte Schutzausstattung nicht erst ab 2018 zu besorgen, sondern sofort. Uns wurden neue Pistolen, Maschinenpistolen und – noch viel wichtiger – modular erweiterbare Schutzwesten bis SK4 und ballistische Helme versprochen. Klingt alles gut. Alles sinnvoll und notwendig. Ich sehe es schon als gutes Signal, wenn der neue Senat endlich dafür sorgt, dass wir eine zeitgemäße Dienstwaffe bekommen. Erst recht, weil wir sie jahrelang vergeblich gefordert haben und warten mussten, während um uns herum munter angeschafft wurde. Ich fand die Nachricht gut, dass Herr Kandt sie für Ende des Jahres angekündigt hat, und bin jetzt umso enttäuschter, als ich lesen musste, die Ausschreibung laufe immer noch. Die versprochenen neuen MPs sollen wir jetzt gar nicht bekommen. „Mit Blick auf die höhere Wirtschaftlichkeit“ wird die MP5 nur aufgerüstet. Sicherheit zum Spartarif, Berlin eben.

Wir sind Freiwild!

Ganz ehrlich, damit kann ich mich abfinden. Was ich aber nicht verstehe, ist die Tatsache, dass ich noch monatelang mit einer viel zu locker sitzenden Weste der SK1 herumlaufen muss, weil die Herren mit der Ausschreibung einfach nicht aus dem Tee kommen. Wenn ich zum Einsatz fahre, bei dem das Gegenüber mit Langwaffen um sich schießt, kann ich das Ding auch gleich auslassen. Ich verstehe, dass so etwas ein bisschen Zeit braucht, man genau überlegen muss, was man will. Wenn dann aber schlussendlich wieder der gleiche Mist rauskommt, ist das vergeudete Zeit. Zeit, die wir nicht haben. Jetzt kann man sich natürlich Zeit lassen, weil die Regale bei den Herstellern mittlerweile eh leergefegt sind. So wie es jetzt aussieht, hätte man das Geld gar nicht vorziehen müssen, wir wollen und brauchen es ja anscheinend gar nicht. Das gleiche Desaster sehe ich bei den Helmen. Wieso ist acht Monate nach den Ankündigungen von Geisel und Kandt noch immer keine Ausschreibung raus? Jeder Tag ist einer zu viel, das hat der Einsatz in Konstanz im Juli doch deutlich gezeigt. Der Kollege kann sich glücklich schätzen, dass er in Bayern seinen Dienst versieht. Hier hätte er nicht überlebt. In Berlin spielt man mit unserem Leben und ein ehemaliger GSG9er, der ganz genau weiß, wie wichtig eine gute Ausstattung ist, sollte als mein größter Lobbyist mit aller Macht dafür sorgen, dass wir den bestmöglichen Schutz bekommen, und zwar so schnell es geht. Herr Kandt wird Schutzweste und Titanhelm nicht brauchen, wir auf der Straße aber sind Freiwild und wenn wir ihm wenigstens ein bisschen am Herzen liegen, sollte er den Zuständigen verdammt noch mal Feuer unterm Hintern machen. Wir können natürlich auch warten, bis es einen von uns trifft und dann aufwachen.

**Ein Kollege,
der geschützt werden möchte**





Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland hat gewählt und wir werden sehen, ob diese vom Wähler gewünschte Konstellation in den nächsten fünf Jahren wichtige Probleme thematisiert und notwendige Verbesserungen auf den Weg bringt. In Berlin blickt der Senat auf nun fast schon ein Jahr Amtszeit zurück und trotz vieler guter Elemente, die R2G bereits angeschoben hat, macht unser Kollege auf Seite 1 deutlich, dass vieles einfach viel zu lange dauert. Von der versprochenen verbesserten Schutzausstattung ist zweieinhalb Jahre nach Charlie Hebdo nichts in der Basis angekommen. Das ist ein großes Problem und wir werden weiterhin mit aller Macht auch in dieser Zeitung auf Probleme hinweisen.

Viel Spaß beim Lesen

Eura Beatrice Hsu

AUS DEM LANDESBEZIRK

70-jähriges Jubiläum für die 100-Jährige

Die 100-jährige Traute Munz hat in ihrem Leben schon viel erlebt, wir sind froh, sie seit Langem dabei aktiv begleiten zu dürfen. Gemeinsam mit der Seniorengruppe der Dir 4 feierte die gelernte Schneiderin, die 1946 als Schreibkraft auf dem Polizeirevier 197 ihre Laufbahn begann, vor Kurzem ihr 70-jähriges GdP-Jubiläum und schwelgte in Erinnerungen an die damalige Zeit und ihre unvergesslichen Skiabfahrten in den Dolomiten und Bayern.

Mitglieder des Vorstandes der SenGr Dir 4 gratulierten der Jubilarin und überbrachten mit einer Urkunde Glückwünsche des Bundesvorsitzenden, der Landes- und des Bezirksgruppenvorsitzenden. Wir wünschen unserer Traute noch so viele Jahre, wie sie selbst ertragen kann!

Peter Müller



Die Jubilarin Traute Munz mit Peter Wietzke, stellvertretender Vorsitzender (links), und Peter Müller, dem Vorsitzenden der SenGr Dir 4.

Foto: Erika Schink



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Berlin**
Internet: www.gdp-berlin.de
E-Mail: GdP Landesbezirk:
gdp-berlin@gdp-online.de

Geschäftsstelle:

Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin
Telefon (0 30) 21 00 04-0
Telefax (0 30) 21 00 04-29
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Konten:

Postbank Berlin
Konto-Nr. 268 38-109 (BZL 100 100 10)
SEBAG
Nr. 1 045 414 000 (BLZ 100 101 11)

Redaktion:

Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)
Telefon: 030 210004-13
E-Mail: jendro@gdp-berlin.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6411

WIR machen eben!

Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten bei jedem Einsatz da draußen Großes. Grund genug für uns, ihnen immer dann, wenn es machbar ist, zur Seite zu stehen und für ein ordentliches Rundherum zu sorgen. Weil das auch gut durchdacht sein muss, haben wir als Betreuungsteam der GdP am 25. August mal Vertrauensleute aus den Bereichen Gef, ZOS und der BP zu einer ganztägigen Arbeitstagung in die Geschäftsstelle eingeladen und zukünftige Ideen und Pläne besprochen.

Willst auch Du Dich engagieren?

In unregelmäßigen Abständen besuchen wir in unserer Freizeit unsere

Kräfte auf den Dienststellen bzw. bei Großlagen im Einsatzraum. Hier stellen wir uns den Fragen der Mitarbeiter bzw. betreuen sie beispielsweise mit Getränken und/oder Snacks. Egal ob Beamter oder Tarifbeschäftigter, der Mensch ist uns wichtig. Wenn auch Du Dich mit einbringen möchtest, dann melde Dich bei uns! Andere kaufen ihre Mitglieder mit Euro und waghalsigen Versprechen. Bei uns gibt es Bildung, diverse Angebote/Vergünstigungen sowie ein Team von engagierten Mitgliedern. Wir freuen uns auf Dich und sehen uns demnächst wieder.

Torald Wendt & Corinna Wießner

Unsere Elf für die richtige Betreuung v. li.: T. Wendt, A. Brunn, M. Krüger, E. Abel, C. Lemke, C. Wießner, N. Kosanke, A. Scheidig, M. Lehmann, L. Schulz und P. Müller.

Foto: GdP



Neues zum Verpflegungsgeld

Das Landessozialgericht (LSG) Berlin-Brandenburg (Az.: L 16 R 649/14) und auch danach das LSG Sachsen-Anhalt (L 3 RS 11/15) haben bereits bestätigt, dass das den Kollegen der Deutschen Volkspolizei (DVP) gezahlte Verpflegungsgeld Entgelt nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) ist. Sie folgen damit der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG). Dieses lehnt das Verpflegungsgeld als Entgeltbestandteil nicht ab (BSG, Urteil vom 30. 10. 2014, Az.: B 5 RS 2/13 R). Das BSG erwartete in seiner Entscheidung aber von den unteren Gerichten genauere Feststellungen zu den Ermächtigungsgrundlagen des gezahlten Verpflegungsgeldes nach DDR-Recht (sog. Anknüpfungstatsachen, BSG, a. a. O.). Mit dieser Begründung wurden die Verfahren an die unteren Gerichte zurückverwiesen.

Verpflegungsgeldes als Arbeitsentgelt zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht in Betracht komme. Es sollen weitere Entscheidungen der Landessozialgerichte aus Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern abgewartet werden. Erst wenn diese dann von der bisherigen ablehnenden Haltung abweichen, soll die Zeit gekommen sein, hieraus auch für das Land Berlin allgemeine Konsequenzen zu ziehen.

Diese Rechtsauffassung verschließt sich hier vollkommen und kann nur als Hinhaltetaktik verstanden werden. Aufgrund der Klarheit der Rechtsmaterie hat das LSG Berlin-Brandenburg (a. a. O.) die Revision gegen das Urteil nicht zugelassen. Hiergegen hat das Land Berlin kein Rechtsmittel eingelegt (Nichtzulassungsbeschwerde). Über den Weg der Nichtzulassungsbeschwerde zum BSG wäre es dem Land ein Leichtes

gewesen, eine höchstrichterliche zeitnahe Klärung des Sachverhalts herbeizuführen.

Was den Polizeipräsidenten bzw. das Land hier daran hindert, positiv für die ehemaligen Kolleginnen und Kollegen der DVP zu entscheiden, ist offen und lässt viel Raum für Spekulationen. Die Kollegen sind gut beraten, sich mit einem Ruhen des Verfahrens bis zu den Entscheidungen anderer LSG nicht einverstanden zu erklären und den Polizeipräsidenten aufzufordern, die Überprüfungsanträge zu bescheiden. Kommt er dem nicht nach, sollte geprüft werden, ob hier Untätigkeitsklage erhoben werden sollte.

Ich stehe Kollegen in der Rentenberatung am Dienstag von 14 bis 16 Uhr hierfür zur Verfügung.

Rechtsanwalt T. Woelke

In dem von uns vertretenen Verfahren vor dem LSG Berlin-Brandenburg (a. a. O.) konnten wir den Vorgaben des BSG erstmals nachkommen. Wir legten dem LSG einen Beschluss vom Präsidium des Ministerrates über die Einführung von Wohnungs- und Verpflegungsgeld von 1960 und dessen Begründung vor. Das LSG Berlin-Brandenburg sah darin deutlich eine Ermächtigungsgrundlage und erkannte den Entgeltcharakter des Verpflegungsgeldes an.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben vor bzw. nach der von uns erfolgreich erstrittenen Entscheidung vor dem LSG Berlin-Brandenburg einen Überprüfungsantrag der seinerzeitigen, an die DRV gemeldeten Entgeltbescheide gestellt. Der Polizeipräsident hat nach dem Urteil des LSG Sachsen-Anhalt den Sachverhalt der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zur Entscheidung vorgelegt. Diese hat nunmehr entschieden, dass die allgemeine Anerkennung des

Redaktionsschluss

Beiträge für die November-Ausgabe müssen uns bis spätestens **05. Oktober 2017** vorliegen.

Kontakt zur Redaktion:
jendro@gdp-berlin.de

GdP & GdP Service GmbH
Wir sind ein starkes Team!

Aktuelle Angebote

2. Halbjahr 2017

 Sporttickets Sei live dabei.	 McFit Wir trainieren Dich
 Reiseangebote Ab in den Urlaub.	 Polas 10 % Rabatt sichern
 Fiat Scudo Günstig mieten.	 XXL Grillshop Rabatt im Onlineshop

Für Freizeit und Beruf
Du bist nicht nur Mitglied sondern Teil eines starken Teams.
www.gdp-service.berlin

Unsere Angebote

für Freizeit und Beruf

- Tickets**
Ab Herbst günstige Ticketangebote von Hertha BSC, ALBA Berlin, Eisbären Berlin, Fuchse Berlin, BR Volleys für unsere Mitglieder
- McFit**
16,00 € pro Monat, statt 19,90 € für unsere Mitglieder
- Reiseangebote**
Günstig verreisen mit der GdP
- Polas24**
10% auf Polizeiausrüstung und Sicherheitsbedarf
- Fiat Scudo**
9-Sitzer direkt und günstig bei uns mieten
- XXL Grillshop**
Rabatte bei einem der größten Grill-Onlineshops
- Tropical Island**
Mal kurz in den Urlaub und 15% sparen
- BMW & Mini**
Mit einem BMW oder MINI durch das Jahr fahren

GdP & GdP Service GmbH
Wir sind ein starkes Team!

Persönlich. Exklusiv. Limitiert



Videoüberwachung für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum

Vor einigen Wochen haben uns die Initiatoren des „Aktionbündnis für mehr Videoaufklärung und Datenschutz“ in der GdP-Geschäftsstelle besucht und uns ihre Beweggründe, Ideen und Pläne detailliert vorgestellt. Diese decken sich mit den Erfahrungen und daraus entstandenen Bedürfnissen der alltäglichen Polizeipraxis, sodass wir uns einstimmig entschlossen haben, das Aktionsbündnis aus vollster Überzeugung zu unterstützen. Unser Kollege Bernd Mastaleck wird in Zukunft als Bindeglied fungieren und seine, dringend benötigte, fachliche Expertise aktiv einbringen. Aktuell läuft die erste heiße Phase, bei der 20.000 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden müssen. Grund genug für uns, mal mit einem der Initiatoren, Neuköllns früherer Bürgermeister Heinz Buschkowsky, und GdP-Mann Bernd Mastaleck über Inhalte zu sprechen.

DP: Wie ist das Aktionsbündnis entstanden, was sind Ihre Beweggründe?

Buschkowsky: Die spontane, doofe, aber zutreffende Antwort ist: Herr Heilmann hat mich angerufen und damit war's passiert. Ich habe die Haltung der Berliner Politik zur Videoaufklärung schon vorher nicht verstanden. Es kann doch nicht sein, dass wir den Mörder von Elias und Mohamed finden, weil ein Zeitungshändler eine Kamera aufhängt und die ganze Stadt darüber debattiert, ob man ihm ein Verfahren an den Hals hängen kann. Nennen Sie mir eine Öffentlichkeitsfahndung mit Bild oder Videomaterial, bei welcher der Täter nicht gefunden wurde! Es ist für mich das erfolgreichste Mittel zur Verbrechensaufklärung und ich verstehe nicht, warum Berlin es nicht wie

tausend andere Städte auf dieser Welt nutzen möchte.

Mastaleck: Diese Situation ist doch paradox. Alle Kritiker verweisen auf den Datenschutz, und an jeder Ecke holen Menschen die Smartphones heraus und filmen Polizisten bei Maßnahmen, filmen Opfer und Geschädigte und stellen die Bilder binnen kürzester Zeit ins Internet. Man findet es auch okay, wenn man im U-Bahnhof gefilmt wird, aber sobald man diesen verlässt, soll es stören.

DP: Sind das auch Deine Beweggründe, Dich diesem Bündnis anzuschließen?

Mastaleck: Es ist skurril, das Aktionsbündnis besteht schon seit längerer Zeit. Ich wusste es aber nicht, weil ich mir über das Thema lange keine Gedanken gemacht habe. Den Samen gepflanzt hat die vollkommen verklärte Diskussion im Innenausschuss über Videoüberwachung. Daraufhin habe ich eine Onlinepetition mit dem Wunsch gestartet, dass jemand meine Erfahrungen aus der polizeilichen Praxis und den daraus resultierenden Ideen in ein Gesetz gießt. Erst danach bin ich auf das Aktionsbündnis aufmerksam geworden. Der letzte Funke war der U-Bahn-Treter, den wir nie bekommen hätten, wenn es bei der BVG keine Kamera gegeben hätte.

Buschkowsky: Hier kommt eine interessante Sache hinzu. Der Finanzsenator Kollatz-Ahnen hat sich zuletzt damit gerühmt, dass er dafür gesorgt hat, die Kriminalitätszahlen im ÖPNV zu minimieren, weil er die Kameraaufklärung dort ausgeweitet hat.

DP: Was sind die genauen Ziele des Aktionsbündnisses?

Buschkowsky: Primär wollen wir die Bürgerrechte wahren, dazu gehört auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Bisher aber spielen wir beim Thema Videoaufklärung immer „Lehrer, ich weiß was“. Wir wollen davon weg und ein Forschungsinstitut an der TU schaffen, das die Wirksamkeit der Kameraüberwachung wissenschaftlich begleitet, Erfolge und Misserfolge eruiert.

Mastaleck: Es geht aber noch um vieles mehr, das Aktionsbündnis hat viele Ideen, die über das bloße Ja oder Nein hinausgehen. Im Gesetzesentwurf ist geplant, den Aufbau von Kameras an kriminalitätsbelasteten Orten um Scheinwerfer und Lautsprecher zu ergänzen. Es ist angedacht, eine Verbindung zur Einsatzleitstelle der Polizei zu schaffen. Mittels intelligenter Software soll erkannt werden, ob hier etwas Relevantes passiert, beispielsweise jemand mit einer Pistole oder einem Messer hantiert. Die Maschine übernimmt aber nicht die Entscheidung, sondern der Kollege in der Einsatzleitzentrale. Dem traue ich schon die Erkenntnis zu, ob Oma Wuttke gerade mit einem Bienen-schwarm ringt oder sich zwei in einer körperlichen Auseinandersetzung befinden. Dann geht das Licht an und der Kollege kann die Leute direkt ansprechen: Hören Sie damit auf! Die Polizei ist bereits auf dem Weg zu Ihnen. Das wird den einen oder anderen schon beeindrucken.

DP: Kritiker behaupten, dass dann eine Kamera Personen aufnimmt, die nur mal eben über den Alex rennen, weil sie die letzte S-Bahn nach Hause bekommen wollen ...

Buschkowsky: Ich kenne die konstruierten Beispiele und auch den Vorwurf, alle Menschen würden damit überwacht. Das entspricht aber nicht der Realität, 95% werden gar nicht aufgenommen und man kann der Technik deutlich signalisieren, bei welchen Handlungsmustern sie auslöst und bei welchen nicht. Wir haben uns das angesehen, die Technik ist wirklich schon sehr weit. Sie können die Kameras heute mit bis zu



Neuköllns früherer Bürgermeister Heinz Buschkowsky sorgt sich um die zukünftige Sicherheit Berlins.



INTERVIEW DES MONATS

zehn Features ausrüsten und ihr sagen, wann sie reagieren soll und wann nicht. Sie können also genau definieren, dass sie nicht aufnehmen soll, wenn der dicke kleine Buschkowsky mit einer Lidl-Tüte übern Herrmannplatz geht. Nur weil einer in die Richtung winkt, wird er nicht automatisch gefilmt. Natürlich habe ich einen im Blick, der mit einer lilafarbenen Handtasche unter dem Arm übern Alex rennt, wenn ich gerade in einer anliegenden Querstraße den Raub einer lilafarbenen Handtasche gemeldet bekommen habe. Da wird es auch Fälle geben, bei denen Unschuldige erst einmal ins Raster kommen. Kameras schließen menschliche Fehleinschätzungen nicht aus.

Mastaleck: Das passiert aber auch ohne Kameras, ich habe es selbst erlebt. Wir hatten einen Überfall in der City und eine flüchtige Person mit Schiebermütze und Gipsarm nachts um drei. Wir haben jemanden mit diesem Erscheinungsbild kurz drauf an einer Bushaltestelle stehen sehen. Als der Funkwagen sich näherte, ist der Mann weggerannt. Aus Eigensicherung sind wir mit gezogener Waffe vorgegangen, da hat sich die Person dann in die Hose gemacht. Kurz darauf wusste ich warum. Es war ein Lehrer, der seinen Bus verpasst hatte und schnell zur nächsten Ecke wollte, um einen anderen zu bekommen.

Buschkowsky: Schauen Sie sich die Kritik am Testlauf mit der Gesichtserkennung am Südkreuz an! Wir haben die Möglichkeit einer Fußfessel für Gefährder, das ist doch aber Mittelalter. Wir hatten so einen in Neukölln. Was meinen Sie, wie oft das BKA bei uns angerufen und gefragt hat, ob wir wissen, wo er ist. Beim Fall Amri hat man ganz klar gesehen, dass Schwerstkriminelle in Windeseile durch Europa düsen, da können wir unsere Beamten doch nicht mit Tretroller und Schiefertafel hinterherschicken. Es muss möglich sein, die Gesichter in eine europäische Datenbank einzugeben und zu fragen, ob der irgendwo aufgetaucht ist.

DP: In welcher Phase der geplanten Ziele befinden wir uns denn gerade?

Mastaleck: Wir sind gerade dabei, 20.000 Unterstützungsunterschriften auf der Straße und online zu sammeln. Diese werden benötigt, um die Zulassung als Volksbegehren zu ermöglichen. Dann wird in Meldestel-

len und Ämtern ebenfalls die Chance bestehen, das Aktionsbündnis zu unterstützen. Ein anerkanntes Volksbegehren wäre es in der Folge bei 170.000 Unterschriften. Wenn die Politik dann nicht reagiert und unseren Gesetzesentwurf umsetzt, würde es zu einem Volksentscheid bei der Europawahl im nächsten Jahr kommen.

DP: Was steht denn genau im Gesetzesentwurf?

Buschkowsky: Aufgeschrieben ist, dass die Polizei ermächtigt ist, in den öffentlichen Räumen, wo sie es für erforderlich hält, eine Aufklärung mittels Kamera vorzunehmen. Das kann sie heute nicht. Wir gehen davon aus, dass es etwa 50 Orte in Berlin gibt, die in die Auswahl kommen. Die Umfragen zeigen deutlich, dass sich unsere Bürger mehrheitlich dafür aussprechen, selbst Regierungsvertreter tun es.

Mastaleck: Es geht im Kern darum, diese Möglichkeit ins ASOG zu integrieren. Die aktuelle Regelung, mit der sich der Senat aus der Affäre ziehen möchte, reicht nicht. Es ist genauso, wie mit der aktuellen Vorschrift zum finalen Rettungsschuss. Man lässt die Beamten im Stich, schafft theoretische Situationen, die nichts mit der Praxis zu tun haben. Die Regelung zur Videoüberwachung lässt sich nicht beim Görli und anderen kbOs anwenden, dort haben wir oft weder eine Großveranstaltung noch eine Ansammlung.

DP: Warum jetzt?

Buschkowsky: Weil wir gemerkt haben, dass der Senat scheinbar nicht daran interessiert ist, die Technik zu nutzen. Wenn es so weitergeht, wird die Kriminalität – und wir sind jetzt schon Kriminalitätshauptstadt – weiter Feste feiern. Ich halte die Sicherheitspolitik in Berlin für eine einzige Katastrophe, bin aber davon überzeugt, dass es schon bald eine Videoüberwachung geben wird, die die Kriminalität deutlich dämpft. Die Videoaufklärung allein wird natürlich nicht dazu führen, dass Täter länger weggesperrt werden. Dazu müssten wir umdenken und die Mitglieder arabischer Großfamilien nicht mit einem Grinsen aus dem Gerichtssaal laufen lassen.

Mastaleck: Ein interessanter Aspekt, aber die Videoaufklärung ist aus meiner Sicht ein Element auf dem Weg dahin. Ohne Videobilder hätte der U-Bahn-Treter ein ganz anderes Urteil



Bernd Mastaleck kennt in der Direktion 5 zahlreiche Brennpunkte, an denen Videokameras Kriminalität eindämmen könnten. Fotos: Benjamin Jendro

bekommen. Deshalb erhoffe ich mir eine Menge, weil dann auch Richter an einen Punkt kommen, wo sie Beweise nicht mehr einfach wegwischen können. Einem Zeugen kann ich Glauben schenken, muss ich aber nicht. Eine nicht manipulierte Aufzeichnung kann ich aber wenig anzweifeln. Natürlich löst Videoüberwachung allein nicht unser gesellschaftliches Problem, dass Gewalt nicht so geächtet wird, wie sie geächtet werden müsste. Wir kümmern uns stets mehr um die Bedürfnisse und Interessen der Täter als um die der Opfer.

DP: Wäre es nicht besser, wenn der Senat mehr Polizisten einstellen würde als Kameras aufzuhängen?

Buschkowsky: Im Prinzip ja, aber es gibt leider mehr Ecken und Straßen im öffentlichen Raum als es Beamte gibt, die man einstellen kann. Die Videokamera ist immer da, immer im Dienst. Natürlich ersetzt keine Kamera der Welt einen Polizisten. Sie kann zwar aufzeichnen, aber nicht denken.

DP: Abschließende Frage: Wie kann man das Aktionsbündnis unterstützen?

Mastaleck: Man kann an den Infoständen der CDU, an den Orten, wo die DPolG, unsere GdP und die Mitglieder dafür werben oder online unter sicherheit-in.berlin seine Unterschrift abgeben. Wir wollen schlussendlich gar keinen Volksentscheid. Wir wollen, dass der Senat irgendwann einsieht, dass er auf dem Holzweg ist, und endlich umdenkt.



WIR GRATULIEREN



**Leben ist das was passiert,
während du beschäftigt bist,
andere Pläne zu machen.
John Lennon (1940–1980)**

Geburtstage

80 Jahre

Wolfgang Jerchau, Dir 3
Kaethe Lis, Dir 5
Horst Hugo, Dir E
Joachim Kuesel, Dir E
Helmut Pech, Dir E
Horst Ragutze, Dir E
Dieter Buhl, LKA
Barbara Pordzig, ZSE

85 Jahre

Siegfried Grabow, Dir 1
Eberhard Schulz, Dir 4
Siegfried Pinnig, Dir 6
Siegfried Hauke, ZSE
Margot Bartke, LABO

90 Jahre

Lothar Borth, Dir 3
Gerda Kühn, Dir 3
Udo Dittberner, Dir 4
Ursula Riemer, Dir 5

91 Jahre

Karl Olscher, Dir 2
Horst Messow, ZSE

92 Jahre

Claus Thiede, Dir 4
Helga Beer, Dir E
Margarete Vanhauer, ZSE

93 Jahre

Anneliese Kauffmann, Dir 2
Margot Zühlke, Dir E

94 Jahre

Ingeborg Neumann, Dir 5

96 Jahre

Heinz Rau, Dir 6

97 Jahre

Margot Schwirner, Dir 4

98 Jahre

Heinz Land, ZSE

101 Jahre

Traute Munz, Dir 4

Jubiläen

25 Jahre

Nicole Berghäuser
Kornelia Burwitz
Ronald Böhmman
Birgit Dargel
Ines Dörries
Kathleen Faust
Christian Feirer
Heike Graeber
Anke Helmig
Mark Hoffmann
Thomas Hohlfeld
Jacqueline Höpner
Karsten Irmeler
Daniel Kampczyk
Michaela Klapschinsky
Prof. Michael Knappe
Volker Körner
Sandra Liebich
Rene Merch

Perk Obst
Andreas Philipp
Klaus Podwysotzki
Michael Rohrpasser
Johannes Ruff
Stephan Schekahn
Andreas Schmidt
Bettina Schult
Jutta Schulz
Robert Thiel
Rene von Gahlen
Birgit Waschow
Rita Weinbach
Ulf Wittek

40 Jahre

Marina Kitowski
Harald Kittelmann
Walter Mehlberg
Katrin Steinbock
Arne Wabnitz

50 Jahre

Peter Cohrs
Hans-Joachim Friebe
Jürgen Gesch
Klaus-Jürgen Neumann
Horst Pinschke
Guenter Luedtke
Detlef Wendicke

60 Jahre

Willi Cante
Gerhard Werrmann
Christel Witzke

70 Jahre

Gerd Kabbe

NACHRUFE

Ilse Funke, 100 Jahre, Dir 1
Horst Kullmann, 73 Jahre, Dir 1
Waltraud Hütter, 90 Jahre, Dir 2
Heinz Mailahn, 90 Jahre, Dir 3
Wolfgang Ziemer, 79 Jahre, Dir 4
Hans-Dieter Bauch, 75 Jahre, Dir 5
Hans-Joachim Hoedt, 69 Jahre, Dir 5
Axel Farrherr, 76 Jahre, Dir E
Helmut Kokoschenski, 77 Jahre, Dir E
Heinz Stege, 79 Jahre, Dir E
Manfred Berger, 73 Jahre, ZSE
Wilhelm Günther, 93 Jahre, ZSE
Werner Pflanz, 87 Jahre, ZSE
Harry Kühmichel, 85 Jahre, LKA
Siegfried Knuth, 74 Jahre, LABO

Anzeige

MEDIRENTA

CLASSIC

Damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt:

Beihilfe leicht gemacht!

Für Beamte im Einsatz: Seit mehr als 30 Jahren bearbeitet MEDIRENTA Ihre
Krankenkosten-Abrechnungen und führt Sie sicher durch den Abrechnungs-Dschungel.

Mehr Informationen unter Telefon **030 / 27 00 00**

MEDIRENTA Krankenkostenabrechnungs GmbH

www.medirenta.de info@medirenta.de



VERANSTALTUNGEN

Bezirksgruppen

Dir 5
Wann: Dienstag, 7. November 2017, 16 Uhr.
Wo: Im Hufeisen, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin.

Dir 6
Wann: Donnerstag, 12. Oktober 2017, 16 Uhr.
Wo: Kantine Poelchaustraße 1, 12681 Berlin.
Info: Wahlversammlung zur Wahl des neuen Bezirksgruppenvorstandes.

- Geplante Tagesordnung:**
1. Rechenschaftsbericht
 2. Kassenbericht
 3. Entlastung des Vorstandes
 4. Wahl des Wahlausschusses
 5. Nominierung von Kandidaten zur Wahl
 6. Verschiedenes

Frauengruppe
Wann: 25. Oktober, 16 Uhr.
Wo: GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.

Senioren

Dir 1
Wann: Montag, 6. November, 13 Uhr.
Wo: MAESTRAL, Eichborndamm 236, 13437 Berlin.
Kontakt: Werner Faber, Tel.: 0 30/

4 03 28 39.
Dir 2
Wann: Mittwoch, 4. Oktober (da Dienstag ein Feiertag ist), 15:30 Uhr.
Wo: Seniorenklub Südpark, Weverstraße 38, 13595 Berlin.
Kontakt: Regina Geisler, Tel.: 0 30/ 92 12 43 97.

Dir 3
Wann: Dienstag, 10. Oktober, 16 Uhr.
Wo: FRABEA, Afrikanische Straße 90/Otawistraße, 13351 Berlin.
Wann: Dienstag, 7. November, 16 Uhr.
Wo: FRABEA, Afrikanische Straße 90/Otawistraße, 13351 Berlin.

Dir 4
Wann: Mittwoch, 11. Oktober, 16 Uhr.
Wo: Adria-Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.
Kontakt: Peter Müller, Tel.: 0 30/ 7 96 75 20.

Dir 5
Wann: 7. November 2017, 14 Uhr.
Wo: Im Hufeisen, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin.

Dir 6
Wann: Dienstag, 17. Oktober, 16 Uhr.
Wo: Sportcasino des KSC, Wendenschloßstraße 182, 12557 Berlin.
Info: Kegeln.

LKA
Wann: Dienstag, 10. Oktober, 15 Uhr.
Wo: GASTHAUS KOCH, Friedrich-Wilhelm-Straße 68, 12103 Berlin.
Info: Versammlung – Buchlesung des Kollegen und Autors Remo Kroll: „Transitleichen in der DDR“.
Wann: Dienstag, 24. Oktober, 12 Uhr.
Wo: Haus der Wannseekonferenz, Am Großen Wannsee 56–58, 14109 Berlin.
Info: Führung – Unkostenbeitrag 4 Euro – Anmeldung erforderlich, da begrenzte Teilnehmerzahl!
Kontakt: Jürgen Heimann, Tel.: 0 30/ 7 21 75 47 oder Marianne Fuhrmann, Tel.: 0 30/7 45 13 53.

PPr Stab/ZSE
Wann: Dienstag, 24. Oktober, 15 Uhr.
Wo: Marjan Grill, Flensburger Straße/ Ecke Bartningallee, Stadtbahnbogen 411, 10557 Berlin.

LABO
Wann: Mittwoch, 18. Oktober, 15 Uhr.
Wo: Yasmin, Wilhelmstraße 15, 10963 Berlin.

Anzeige

Diplom-Psychologin
Ranja El Saadani
Verhaltenstherapie, Traumatherapie,
Suchttherapie

Erhöhen Sie Ihre **Lebenslust!**
 Verringern Sie Ihre seelischen und körperlichen **Schmerzen.**

Reduzieren Sie Gefühle von **Einsamkeit, Wut, Traurigkeit** und **Hilflosigkeit.**

Schaffen Sie mehr Platz für Gelassenheit, Ruhe und Ausgeglichenheit.

Sorgen Sie dafür, dass Sie weniger **Stress**, dafür mehr **Spaß** und **Energie** im Leben haben.

Sie können es!
 Mit meiner professionellen und einfühlsamen Unterstützung können Sie Ihre Ziele erreichen!

Pariser Str. 54
 10719 Berlin-Wilmersdorf
 Tel. 0 30 / 20 61 56 39
 E-Mail: info@ranja-elsaadani.de
 www.ranja-elsaadani.de

Voller Einsatz – GdP-Betreuungseinsätze



Fotos: André Baudach



Manfred Berger

Ein Nachruf!



Manfred Berger
Foto: MILA

Tschüss Manfred! Als Dein Weggefährte während unser mehr als zwölfjährigen Zusammenarbeit im Personalrat Landesschutzpolizeiamt (LSA) und Landespolizeidirektion (LPolDir) habe ich mit großer Bestürzung gehört, dass Du gestorben bist. Als Vorsitzender des Personalrates und Vertreter der Beamtengruppe habe ich Deinen unermüdlichen Einsatz für die Arbeiter-

gruppe bewundert und geschätzt. Die Anliegen und Probleme Deiner Kolleginnen und Kollegen im Fahrdienst der Polizei hast Du mit Engagement und Empathie angenommen, begleitet und wo möglich, Lösungen gefunden.

Wir waren gemeinsam mit Gerda Geisler, der Vertreterin der Angestelltengruppe, ein gut aufeinander eingestimmtes Team. Dein Engagement ging aber weit darüber hinaus. Du warst Mitglied im Gesamtpersonalrat und im Vorstand der Bezirksgruppe LSA/LPolDir. Im Landesbezirk Mitglied in den Fachausschüssen Arbeiter und Tarif. Fast im Verborgenen engagiertest Du Dich darüber hinaus als Vorsitzender der Unterstützungskommission im Landesbezirk Berlin. Gemeinsam mit Deinem Team hast Du vielen Kolleginnen und Kollegen in einer finanziell schwierigen Situation helfen können.

Ich erinnere mich an unsere jährlich stattgefundenen Diskussionen in der Vorbereitung der Personalversammlungen. Wir haben jedes Mal wieder darum gerungen, was wir vortragen sollen bzw. müssen. Wo wir mit Schärfe und Härte vortragen und wo nicht. Immer waren es intensive, uns gemeinsam fordernde Stunden. Es sind aber auch die gemeinsamen Ausflüge, privaten Gespräche, gegenseitige Hilfen und Unterstützungen, an die ich mich mit Freude erinnere.

Am 12. Dezember 2003, unsere Dienststelle (LSA) war aufgelöst, haben wir gemeinsam das ausgeräumte Büro abgeschlossen. Der Personalrat LSA war Geschichte! Du bist in den Personalrat ZSE gewechselt, meine Dienstzeit endete und ich bin in den Ruhestand gegangen. Deine Erkrankung hat Dich zunehmend eingeschränkt, nun bist Du gegangen und nicht mehr da! Tschüss Manfred, danke für die vielen gemeinsamen Jahre.

Hartmut Pech

Matthias Steube

Mehr als ein Journalist

Ende August erreichte uns als Landesbezirk eine traurige Nachricht. Morgenpost-Journalist und GdP-Fördermitglied Matthias Steube hat im Alter von nur 58 Jahren seinen langen Kampf gegen den Krebs verloren. Der frühere Leiter der Polizeiredaktion der Zeitung war einer der besten Beweise dafür, dass man sich für Polizei und Feuerwehr, für all unsere Kolleginnen und Kollegen auch engagieren kann, wenn man nicht aus beruflichem Grund ein Teil der Familie ist.

Mit all seiner Kraft setzte sich Steube für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und vor allem auch für die von Berlins Polizisten und Feuerwehrleute ein. Zu seinen letzten großen thematischen Schwerpunkten zählten unter anderem die Schießstandaffäre und die damit verbundenen Gesundheitsgefahren, denen unsere Kollegen jahrelang ausgesetzt waren. Darüber hinaus thematisierte er als einer der ersten die von Andre Grashof ins Leben gerufene Initiative, um Berlins Beamte angemessen zu bezahlen.

Die Gewerkschaft der Polizei trauert um Matthias Steube – ein Journalist, der stets fair, aufrichtig und professionell sowie auf thematischer Augenhöhe agierte, und ein Mann, der seine Loyalität mit den Interessen der Beamten und Beschäftigten bei Polizei und Feuerwehr neben seinem Engagement als Reporter auch durch eine GdP-Mitgliedschaft bezeugte.

Benjamin Jendro



Matthias Steube (rechts) bei seinem GdP-Eintritt auf dem Sommerfest 2016.

Foto: GdP

